

Kolmarer Kreiszeitung.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Kolmar i. P.

Mit verbindlicher Publikationskraft für alle amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Städte und Ortschaften des Kreises.



Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von A. Spektorek in Kolmar in Posen.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zum vierteljährlichen Abonnementsspreise von 1 Mk. 25 Pf. Inc. des der Sonnabendnummer beiliegenden „Illustrierten Unterhaltungsblattes“ und der kundwirtschaftlichen Beilage „Wirtschaftliche Mitteilungen für die Ostmark“, sowie der monatlichen Beilage „Deutsche Mode und Handarbeit“ mit 8 seitigen Schnittmusterbogen und den Ziehungslisten der Preussischen Klassenlotterien.

Anzeigen werden pro 1 spaltige Petitzeile oder deren Raum mit 15 Pf. und Reklamen mit 30 Pf. berechnet. Abonnements nehmen an alle Kaiserlichen Postanstalten, sowie die Post-Landbriefträger und für Kolmar i. P. die Expedition dieses Blattes sowie die Zeitungsboten.

Nr. 62 Festsprech-Anschluß Nr. 31. Kolmar i. P., Donnerstag, 29. Mai 1913 Telegramm-Adresse: Kreiszeitung Kolmar-Posen. 60. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Bromberg den 29. April 1913.

Im Einverständnis mit der Reichsverwaltung wird der öffentliche Wetterdienst am 1. Mai d. J. wieder aufgenommen und mit dem 30. September d. J. eingestellt werden. Inzwischen können auch nach Schluß des Sommerdienstes wie bisher die telegraphischen Wettervorhersagen und Wetterarten unter den bisherigen Bedingungen im Abonnement weiter bezogen werden, worauf hiermit besonders hingewiesen wird. Die Verlängerung des öffentlichen Ausganges der Wettervorhersage über den obigen Zeitraum hinaus bildet gegenwärtig den Gegenstand weiterer Beratungen.

Die Organisation des Wetterdienstes soll durch die Einführung eines Abendwetterdienstes unter Herausgabe einer Abendwetterkarte an den Wetterdienststellen Hamburg und Berlin versuchsweise ausprobiert werden.

Diese Einrichtung soll namentlich eine Wettervorhersage bereits des Abends, spätestens aber zu früher Morgenstunde auf Grund der neuesten Beobachtungen ermöglichen. Eine weitere Verbesserung des öffentlichen Wetterdienstes stellt die im Anschluß an die vorjährigen Versuche erfolgte Einführung des Luftfahrer-Warnungsdienstes mit besonderen Weitermeldungen dar, an der außer den öffentlichen Wetterdienststellen das königliche Preussische Aeronautische Observatorium zu Lindenberg bei Westow i. Markt vorzugsweise beteiligt ist.

Die Dienstausweisung für die öffentlichen Wetterdienststellen vom 15. April 1908 bleibt mit den vor 3 Jahren bekanntgegebenen Änderungen in Geltung.

Die Wetterdienstleiter werden befristet bleiben, den Volksschullehrern für einen Unterricht in der Wetterkunde und im Lesen der Wetterkarte durch eintägige Kurse im Anschluß an die Kreislehrerkonferenzen Anleitung zu geben.

Der Regierungspräsident.
J. B. g. Dr. Schreiber.

Nr. 1417 I K.

Kolmar i. P., den 14. Mai 1913.

Die in Nr. 38a der Kreiszeitung für 1913 veröffentlichte Bekanntmachung vom 25. März d. J. betreffend die Neueinteilung der Fleisch- und Trichinenbeschaubezirke wird dahin berichtigt, daß das Bornort Müllersfelde nicht zum Trichinenbeschaubezirk Seefeld und Fleischbeschaubezirk Hellhof, sondern zum Trichinenbeschaubezirk Rutte und zum Fleischbeschaubezirk Lipin gehört.

Der königliche Landrat.

I. Nachtrag zur Hundesteuerordnung.

Auf Grund des Beschlusses der hiesigen Stadtvorordneten-Versammlung vom 25. März 1913 wird hierdurch in Gemäßheit der §§ 16, 18, 82 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 die Ordnung betr. Erhebung einer Hundesteuer im Bezirk der Stadt Samotschin vom 8. April 1911 wie folgt geändert:

Der § 1 erhält folgenden Wortlaut:

„Wer einen nicht mehr an der Mutter saugenden Hund hält, hat für denselben jährlich eine Steuer im voraus zu entrichten.“

Die Steuer beträgt, falls der Hund zum Hüten des Viehes gehalten wird (Hirtenhund) oder zur Bewachung des Hofes an der Kette liegt, (Kettenhund), 2 Mark, andernfalls 5 Mark. Wer mehr als einen Hund hält, hat für jeden weiteren Hund die doppelte Steuerhöhe zu entrichten.

§ 4 a. Von der Steuer sind die Besitzer solcher Hunde frei, welche auf solchen einzeln belegenen Gehöften zur Bewachung gehalten werden, die mehr als 100 m von geschlossenen bebauten Stadtteilen entfernt liegen.“

Vorstehender Nachtrag tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Samotschin, den 25. März 1913.

Der Magistrat.
gez. Thert.

Genehmigt.

Bromberg, den 19. April 1913.

Der Bezirksauschuss.

Posen, den 9. Mai 1913.

Der Ober-Präsident.

Kolmar i. P., den 28. Mai 1913.

In Abänderung des in Nr. 61 der Kreiszeitung veröffentlichten Wahlmännerverzeichnisses gebe ich hierdurch bekannt, daß als Wahlmann für die II. Abteilung im Urwahlbezirk X (Bodanin) der Gemeindevorsteher Johann Prieschel aus Wolfshelm und nicht „Johann Prieschel aus Wolfshelm“ gewählt ist.

Der königliche Landrat.

Nichtamtlicher Teil.

Am die Deckung.

Die Budgetkommission des Reichstages erledigte die Behrungsfrage in eifriger Sitzung. Aber die Deckungsfrage wurde noch keine Einigung erzielt. Konservative und Zentrum verlangen gleichzeitige Verabschiedung der Behr- und Deckungsvorlage, Nationalliberale und Linke neigen zur getrennten Behandlung von Behr- und Deckungsvorlage.

Wirkung geht vor Deckung, heißt es in unseren militärischen Reglements. Wenn also die Artillerie dadurch, daß sie schußlos auf der Höhe auffährt, statt hinter der Höhe, erfolgreich in ein Gefecht eingreifen kann, so soll sie es tun, auch wenn sie danach zusammengebrochen wird. Im Staatsleben ist es aber nicht ganz so. Keine Ausgabe ohne Deckung, sagen die Parlamentarier. Werden also etliche Millionen bewilligt, so soll man auch gleich angeben, welche Steuern oder Anleihen oder Matrifularbeiträge das Geld herbeischaffen werden. Längere Zeit hindurch war dieser Grundsatz bei uns außer Übung gekommen, wenigstens das Aussehen der beiden Deckung, so daß es im Reich immer größere Fehlbeträge gab, die schließlich auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Pumpwirtschaft beseitigt wurden. Das Deutsche Reich war 1871 schuldenfrei begründet worden und hatte noch dazu einen erheblichen Kriegsschuldendienst, aber vierzig Jahre später hatten wir nur noch die eiserne Portion von 120 Millionen Mark im Juliandum zu Spandau und daneben nahezu 5000 Millionen Mark Schulden. Daher die Notwendigkeit der Finanzreform. Und jetzt, wo wieder eine Milliarde ausgegeben werden soll, ist es klar, daß man nach der Deckung fragt. Nur merkwürdig: diesmal haben es einzelne Parteien nicht so eilig damit. Sie wollen zuerst die Seeresvorlage bewilligen und erst im Herbst die Steuern dazu: Wirkung geht vor Deckung. Auf der anderen Seite wird heftig dagegen protestiert. Die Linken, so heißt es, sei sehr durchsichtig; die bürgerliche Linke wolle mit der Meisten und dem Zentrum gegen die Sozialdemokratie das Wehrgebet machen, dann aber mit der Sozialdemokratie gegen die Rechte und das Zentrum die Art der Steuern bestimmen. Das gibt einfach nicht, wird also in der Widerrede erklärt. Die Linke Mehrheit müsse Seeres- und Deckungsvorlage annehmen.

Nach dieser Ouvertüre in der Budgetkommission kann man auch im Reum noch auf einige Schwierigkeiten rechnen, und es ist gar nicht falsch, daß das große vaterländische Werk der Seeresvorlage schnell verabschiedet wird. Es müßte denn schon — wir alle sind Menschen — im Laufe des Juni eine so barbarische Höhe eingehen, daß niemand mehr zu Dauereisen Lust hat und schließlich hintereinander weg abgemittelt wird. Das ist auch schon dagewesen. Bis in die Schufferen hinein sind die braunen Familienwörter, die im Reichstag hien, einfach nicht zu halten. Aber auf welcher Linie wird man sich dann einigen? Es wurde in diesen Tagen glaubhaft berichtet, daß ein Kompromiß schon so gut wie gemacht sei, — nicht über die eigentliche Milliarde, denn die steht festsitzend außer Diskussion, sondern über die paar hundert Millionen laufender Ausgaben. Das Zentrum und die Nationalliberalen hätten sich da auf eine Reichsvermögenssteuer geeinigt und trügen diesen Plan gerade dem Kanzler vor. Inzwischen ist diese Nachricht aber als Ente enthielt worden. Wie man hört, besteht der Kanzler, der die preussischen Stimmen des Bundesrats repräsentiert, nach wie vor auf Ablehnung einer solchen Steuer, ebenso seien Bayern, Sachsen und andere Bundesstaaten dafür nicht zu haben, kurz, ein dahingehender Beschluß des Reichstages würde bei den verbündeten Regierungen auf einmütigen und unbesiegbaren Widerstand stoßen. Das ist den Maßgebenden in den Fraktionen mitgeteilt worden. Verfassungsgemäß kommen dem Reich in der Hauptsache nur die indirekten Steuern und die Zölle zu, die direkten aber den Einzelstaaten, deren Finanzen ohne dieses Recht überhaupt nicht bestehen könnten.

Man wird also schon auf etwas anderes sich besinnen müssen, am Ende gar einsehen, daß — die Regierung mit ihren Vorschlägen, wie sie in der Deckungsvorlage enthalten sind, den gangbarsten Weg eingeschlagen hat. In den Einzelheiten sind ja Änderungen möglich, beispielsweise

weisse andere Siffen in der Forderung, daß die Matrifularbeiträge der Staaten an das Reich zu erhöhen seien. Die einmalige Behrungsfrage („die Milliarde“) wird jedenfalls noch im Juni bewilligt werden, das hat eine Mehrheit der bürgerlichen Parteien in der Budgetkommission ausdrücklich festgestellt, so daß also die Seeresverwaltung alsbald mit dem Bau von Kaiernen und Baracken sofort beginnen kann. Aber die Belastung mit den laufenden Ausgaben aber sei, so wurde ebenfalls in der Kommission erklärt, eine Verfrächtigung im Werden; und hier trennte sich der nationalliberale Rechner von der Linken, indem er für seine Partei Wirkung und Deckung hintereinander schon jetzt zu beschließen für das praktische erklärte. Es sieht also nicht allzu gefährlich aus, auch wenn noch allerlei ernsthafte Debatten zu erwarten sind, und es ist nach wie vor alle Aussicht dafür vorhanden, daß, wenn auch nicht in Form einer Reichsvermögenssteuer, so doch überhaupt eine Einigung über die Deckung noch in diesem Sommer erfolgt.

Germanicus.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Londoner Blätter berichten von einem geplanten Gegenbesuch des Kaisers in London, der angeblich im August erfolgen soll. Bei der Gelegenheit werde bei Eintrich eine Flottenparade stattfinden, an der auch ein deutsches Geschwader teilnehmen dürfte.

* Das englische Königspaar hat Dienstag nachmittags gegen 1/2 Uhr Berlin verlassen und über Lüpfingen die Rückreise nach England angetreten. Das Kaiserpaar geleitete die Gäste zur Bahn und verabschiedete sich von ihnen aus herzlichste.

* Der Kaiser von Rußland hat dem Prinzen Ernst August, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg, und dem Prinzen August Wilhelm von Preußen den St. Andreasorden verliehen.

+ Bei den bevorstehenden Beratungen im Reichstage über die Deckungsvorlagen wird voraussichtlich auch die Reichsvermögenssteuer eine große Rolle spielen. Wie aus Dresden gemeldet wird, ist die kaiserliche Regierung eine entschiedene Gegnerin dieser Steuer, ebenso wie Bayern und andere süddeutsche Staaten. Sachsen ist unbestimmt. Es ist daher kaum anzunehmen, daß sich im Bundesrat eine Mehrheit für diese Vermögenssteuer findet.

+ Über die braunschweigische Thronfolge ist in der letzten Zeit viel geschrieben und demontiert worden. Wie nun eine angeblich zuverlässige Quelle wissen will, soll die von dem Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg geführte Regentenschaft mit dem 31. Oktober ihr Ende erreichen. Am Tage darauf soll der feierliche Einzug des jungen Herzogspaares in Braunschweig erfolgen. Die angebliche Berufung des jetzigen Regenten auf den Städt-halterposten in Straßburg wird dagegen in Abrede gestellt.

+ Die neuen Garnitionen, die infolge der Seeresvermehrung entfallen, wurden in der Budgetkommission des Reichstages wie folgt bekanntgegeben: Jüterbog, Angersburg, Eilenburg, Striegau, Bosen, Schneidemühl, Beuthen, Rattowitz, Karnowitz, Soest, Gelsen, Eutin, Rinteln, Harmover, Mühlhausen i. Th., Wültingen, Donauerschingen, Mannheim, Ruln, Graudenz, Friedberg, Darmstadt, Lahr, Stuhm, Wittenstein, Frankenstein i. S., Mülln in Gollfien, Biedrich.

+ Mit lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien ist bekanntlich der Bergmann Jakobus aus Anstosmit bestraft worden, weil er auf russischem Gebiet Flugblätter verteilt hatte, in denen zum Symphoniekreis für die streifenden oberflächlichen Bergarbeiter aufgefordert wurde. Wie verlautet, hat sich die Reichsregierung der Sache angenommen. Sie hofft auf diplomatischem Wege eine Milderung des Urteils herbeizuführen.

Frankreich.

* Aber die Balkanfragen und ihre Schwierigkeiten verbreitete sich im Senat der Minister des Äußeren Bichon in längerer Rede. Der Minister betonte: „Größe Schwierigkeiten bestehen zwischen den verbündeten Ländern. Wenn es nötig ist, werden wir uns ins Mittel legen, um die Rolle des Schiedsrichters zu spielen, die uns im Grunde nicht zuzum.“ Die Fragen, welche uns in der afrikanischen Türkei interessieren, werden nicht ohne uns geregelt werden. Wir werden nicht auf die Aktionsmittel verzichten, über die wir verfügen. Wir werden keine Probleme zur Sprache bringen, die man besser auf sich beruhen läßt, aber wir werden unsere Rechte zu wahren wissen. Die augenblicklichen Verhandlungen werden nicht abgeschlossen werden, ohne daß wir das verlangen, worauf wir Anspruch haben. Die Konvention der Bagdadbahn ist Deutschland gegeben worden; darin können wir nichts ändern. Aber in den benachbarten Gegenden werden wir unseren Rechten Geltung verschaffen.“

Aus In- und Ausland.

London, 27. Mai. Die Türkei wandte sich kürzlich an das Auswärtige Amt mit dem Ersuchen, ihr mehrere britische Beamte zu überlassen, die sie bei der Ausführung des